

Die ungarische Kreditinstitutszentrale.

Abgeordnetenhaus.

B. Budapest, 3. Jänner. Im Einlauf befindet sich eine Zuschrift des Ministerpräsidenten Grafen Tisza, wonach Seine Majestät die Neujahrsglückwünsche des Abgeordnetenhauses huldvollst entgegengenommen habe und sie herzlich erwidere.

Der Präsident teilt sodann mit, daß der Präsident des Oberhauses eine Begrüßungsbesuche an das Abgeordnetenhaus gerichtet, die er namens des Hauses erwidert habe.

Das Haus verhandelt sodann die Vorlage betreffend die Zentrale der Finanzinstitute.

Referent Abgeordneter Geza Antal beleuchtet die Notwendigkeit der Gründung einer mächtigen Institution, welche berufen sein wird, das Kreditleben zu sanieren und auf eine gesunde Grundlage zu stellen und empfiehlt, die Vorlage im allgemeinen zur Grundlage der Spezialberatung anzunehmen.

Abg. Bela Böles (Unabhängigkeitspartei) erklärt, er behaupte nicht, daß es der Zweck des zu gründenden Instituts sei, die Regierung in ihrer Parteipolitik zu unterstützen, aber die Möglichkeit sei vorhanden.

Abg. Josef Szterenyi (Verfassungspartei) erklärt, die finanzielle Lage des Landes erfordere nicht eine derartig gründliche Maßnahme. Der heutige Geldüberschuß dürfe aber niemanden über die nach dem Kriege eintretenden Verhältnisse täuschen. Die Einlagen werden zurückgezogen werden und wenn gleich die heute versteckten Gelder wieder zum Vorschein kommen werden, werde es doch notwendig sein, einen großen Teil unserer Provinzinstitute mit den gehörigen Kapitalien zu versehen. Die Opposition hat sich dieser Aktion nie verschlossen; wogegen die Opposition Stellung genommen hat, das ist der Umstand, daß mit dieser Aktion organische Reformen verknüpft wurden, die in keinem Zusammenhange mit dieser Aktion stehen. Der Redner erörtert sodann die sachlichen und persönlichen Garantien, unter denen die Opposition entschlossen ist, im Interesse des parlamentarischen Friedens auf die Inanspruchnahme der schärfsten oppositionellen Waffen zu verzichten. Was die persönlichen Garantien betrifft, verlangt er, daß der Präsident kein exponierter Parteipolitiker sei und das Vetorecht beschränkt werde, indem dieses nur dem Vertreter des Finanzministeriums gewährt werde; auch soll die Inkompatibilität auf die gewählten Mitglieder ausgedehnt werden.

Finanzminister Telezky erklärt, die Regierung lege das größte Gewicht auf den parlamentarischen Frieden; wenn sie dessen ungeachtet die Vorlage selbst auf die Gefahr hin, diesen Frieden zu gefährden, auf die Tagesordnung gestellt hat, mag dies als Beweis dessen dienen, für wie notwendig sie die Verhandlung derselben erachtet. Der Redner gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Institution ins Leben gerufen werden kann, ohne den Frieden zwischen den Parteien preiszugeben, der auch für den ungarischen Staat ein wichtiger Faktor ersten Ranges sei. Im Interesse des parlamentarischen Friedens setze er sich über seine theoretische und sachmännische Ueberzeugung hinweg und stimme den Ausführungen des Vorredners zu. (Lebhafter Beifall.) Der wahre Zweck der Institution sei der, eine derartige Gestaltung der Kreditorganisation unserer Finanzinstitute zu schaffen, daß diese den nach dem Kriege ihrer harrenden großen Aufgaben im Interesse des volkswirtschaftlichen Lebens des Landes vollkommen entsprechen können. Daß es dabei notwendig werden könnte, gewisse kranke Anstalten zu sanieren, zu vereinigen oder ganz zu liquidieren, ist nur ein Zweck von sekundärem Interesse. Es sei zweifellos, daß nach dem Kriege ein volkswirtschaftlicher Aufschwung zu gewärtigen sei, der insbesondere durch Kapitalmangel beeinträchtigt werden würde. Das zu schaffende Institut ist berufen, den gesteigerten Kreditbedürfnissen entgegenzukommen und jenen Finanzinstituten, die infolge des Krieges in eine augenblickliche Verlegenheit geraten sind, beizustehen, damit sie nicht gezwungen sind, sofort zu liquidieren oder in Konkurs zu geraten, was das wirtschaftliche Leben ganzer Gegenden gefährden würde. Es wird dadurch die Möglichkeit gegeben sein, den Bestand so mancher lebensfähiger Institute auch weiter zu erhalten und etwaige Liquidationen ohne Schädigung

des gesamten wirtschaftlichen Lebens zu ermöglichen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Minister verweist schließlich darauf, daß allen Wünschen der Opposition Rechnung getragen werden würde, obwohl er die geäußerten Bedenken nicht teilt. Er stimme also dem zu, daß das Institut für die Dauer von fünf Jahren errichtet werde, sei aber überzeugt davon, daß noch vor Ablauf von fünf Jahren das Abgeordnetenhaus in Anerkennung der Heiligkeit dieses Institutes es in ein dauerndes umgestalten werde. Es liege durchaus nicht in der Absicht der Regierung, einen Parteimann zum Präsidenten des Institutes zu ernennen; die Regierung werde vielmehr nur darauf Gewicht legen, daß der Präsident ein Fachmann ersten Ranges sei. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Minister beantragt, die Vorlage im allgemeinen anzunehmen und sie sodann behufs Umarbeitung verschiedener Details an den Finanzausschuß zurückzuverweisen. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird sodann abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen.

Für den nächsten Interpellationstag (Mittwoch) sind vier neue Interpellationen im Interpellationsbuche vorgezeichnet, u. zw. eine Interpellation des Abgeordneten Stephan Kofszky (Volkspartei) über die politische Lage, des Abgeordneten Johann Justh (Unabhängigkeitspartei) in Angelegenheit der Beschaffung und Verteilung von Saatforn für den Frühjahrsanbau, des Abgeordneten Geza Bosnyak (Unabhängigkeitspartei) in Angelegenheit der Requirierung von Fuhrwerken und des Abgeordneten Karl Fernbach (Unabhängigkeitspartei) über die Vorkommissionen im Komitate Bacs-bodrog.